

Verabschiedung des Haushaltes für 2023

03.03.2023

In der vergangenen Woche wurde mit der Mehrheit des Rates der Haushalt für 2023 verabschiedet. Einen Haushalt, den man auf Grund der darin enthaltenen und sich auch auf die kommenden Jahre auswirkenden Ausgaben durchaus kritisch sehen kann und muss. Auf alle Punkte des Haushaltes einzugehen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Daher möchte ich hier nur auf einige wesentliche Punkte eingehen.

Die Einnahmen der Gemeinde aus den Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) haben sich trotz der Pandemie weiterhin positiv entwickelt. Die jahrelangen Bemühungen der **CDU-Fraktion** in Bezug auf die Ansiedlung weiteren Gewerbes und die Entwicklung weiterer Wohngebiete haben sich damit als richtig erwiesen. Allerdings, so positiv diese Entwicklung auf den ersten Blick auch ist, führen diese Mehreinnahmen auf der Ausgabenseite zu einer Erhöhung der Kreisumlagen und zu Minderungen bei den Schlüsselzuweisungen. Unter dem Strich verbleibt uns daher leider nur ein geringer Teil, der zur Verbesserung der Gesamteinnahmen beiträgt.

Der negative Trend bei den Ausgaben setzte sich in 2023 nicht nur fort, sondern verstärkte sich auf Grund des Ukrainekrieges und der damit verbundenen inflationären Entwicklung noch. So stiegen nicht nur die Aufwendungen im Energiebereich überproportional, sondern auch die im Bereich der Investitionen. Ebenso ergeben sich bei den Personalkosten erhebliche Steigerungen, die nicht nur möglicher Tarifanpassungen sondern auch den vorgesehenen Neueinstellungen geschuldet sind.

Da nach der Aufrechnung der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 2023 von einem negativen Ergebnis auszugehen ist, werden Sie sich die Frage stellen, warum die CDU-Fraktion dem Haushalt zugestimmt hat. Eine Frage, die wir uns auf Grund der damit verbundenen zukünftigen Belastungen nicht leicht gemacht haben. Erst muss man allerdings wissen, dass eine Einflussnahme seitens der Politik nur eingeschränkt möglich ist, da viele Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen und von den Entscheidungen anderer Gremien z. B. dem Bund, dem Land und dem Kreistag abhängig sind. Bei näherer Betrachtung der Ausgaben verbleiben daher nur die Bereiche Investitionen und Personalkosten. Letzteres allerdings auch nur bedingt, da man hier nur Einfluss auf den Stellenplan nehmen kann.

Teile der **Investitionen** und die dafür gebildeten Haushaltsansätze haben wir auch kritisch gesehen und Einsparungsmöglichkeiten vorgeschlagen, die sich im Haushalt für 2023 wiederfinden. Allerdings beruht der wesentliche Teil der Kosten auf Ausgaben zur Erhaltung und dem Ausbau der Infrastruktur. So sind aus unserer Sicht u. a. weitere Investitionen zum Ausbau beider Grundschulen erforderlich, da ein weiterer Raumbedarf nicht nur wegen steigender Schülerzahlen sondern auch wegen der Vorgaben bei der Ganztagsbetreuung erforderlich ist.

Ebenso ist der Neubau einer Feuerwache dringend erforderlich, damit man den Anforderungen des Brandschutzbedarfsplanes in Zukunft gerecht werden kann. Da wir sowohl das Bildungs- und Betreuungsangebot als auch den Brandschutz als wesentliche Elemente in der Infrastruktur einer Gemeinde ansehen, ist hier kein Einsparungspotential gegeben. Andere Investitionen und deren Umfang wird man überdenken müssen.

Auch wenn wir die Entwicklung der **Personalkosten** kritisch sehen, haben wir auch dem Stellenplan für 2023 zugestimmt, weil die Aufgaben der Verwaltung in den letzten Jahren durch die seitens des Bund und des Land übertragenen Aufgaben angestiegen sind. Ebenso kommen zukünftig weitere Aufgaben z. B. im Bereich der Digitalisierung, des Umweltschutzes hinzu. Aufgaben, für die weiteres und qualifiziertes Personal erforderlich ist.

Die auf uns zukommenden Belastungen, gerade in Bezug auf die im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung dargestellten Hebesätze bei den Grundsteuern betrachten auch wir mit großer Sorge. Hier werden sicher schmerzhaft Entscheidungen erforderlich sein, auch wird man sich die Frage stellen müssen, ob man seitens der Politik für 2026 noch einen Haushaltsausgleich anstreben sollte.

Peter Steimel
Fraktionsvorsitzender